

Philip Plickert (Hrsg.)

MERKEL

EINE KRITISCHE BILANZ

Mit Beiträgen von
**Thilo Sarrazin, Necla Kelek,
Cora Stephan, Norbert Bolz,
Roland Tichy** und anderen

FBV

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.
Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Für Fragen und Anregungen:

info@finanzbuchverlag.de

5. Auflage 2017

© 2017 by FinanzBuch Verlag,
ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH
Nymphenburger Straße 86
D-80636 München
Tel.: 089 651285-0
Fax: 089 652096

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Korrekturat: Bärbel Knill
Umschlaggestaltung: Isabella Dorsch
Umschlagabbildung: 2017 Getty Images / Sean Gallup
Satz: ZeroSoft, Timisoara
Druck: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany

ISBN Print 978-3-95972-065-6
ISBN E-Book (PDF) 978-3-96092-108-0
ISBN E-Book (EPUB, Mobi) 978-3-96092-109-7

— Weitere Informationen zum Verlag finden Sie unter —

www.finanzbuchverlag.de

Beachten Sie auch unsere weiteren Verlage unter www.m-vg.de.

INHALT

Vorwort	
Merkel – ein Scheinriese.....	7
Norbert Bolz	
Merkels Erfolgsgeheimnis – Über den autoritären machtpolitischen Stil der Kanzlerin.....	18
Werner J. Patzelt	
Wohin steuert die Union? – Die Kanzlerin hat ihre Partei in eine schwierige Lage gebracht.....	27
Wolfgang Ockenfels	
Das hohle C – Über Angela Merkels politisches Christentum	38
Ralf Georg Reuth	
Merkels doppelte Biographie – Welche Folgen haben ihre DDR-Prägungen bis heute?	50
Birgit Kelle	
Vergeudung weiblicher Potentiale – Die Sozialdemokratisierung der CDU-Familienpolitik	62
Daniel Koerfer	
Der verlorene Kompass – Angela Merkels Abkehr von Ludwig Erhard und der Sozialen Marktwirtschaft	73

Dominik Geppert

Die Illusion der deutschen Thatcher – Zwischen der Kanzlerin und der Eisernen Lady liegen Welten 84

David Marsh

Die Widersprüche der Euro-Krise – Über deutsche Macht und Ohnmacht in der Währungsunion..... 95

Henning Klodt und Stefan Kooths

Von der roten Laterne zum Siegerpokal? – Merkels makroökonomische Bilanz erscheint besser, als sie ist.....105

Justus Haucap

Deutschlands teurer Irrweg in der Energiepolitik – Gefährlich steigende Stromkosten bei null Klimaschutzwirkung.....118

Roland Tichy

Lyssenko oder Apollo? – Die ideologisch-planwirtschaftliche Technologiepolitik der Kanzlerin129

Cora Stephan

Versagen in der Flüchtlingspolitik – Merkel hat sich im entscheidenden Augenblick weggeduckt.....140

Thilo Sarrazin

Anmerkungen eines Nicht-Hilfreichen – Wie man die fatale Migrationspolitik korrigieren müsste 152

Michael Wolffsohn

Populus und Pöbel – Angela Merkel und die Populisten – kein Nachruf167

Rafael Seligmann

Bei aller Sympathie – Merkel hat Deutschlands Juden
enttäuscht176

Necla Kelek

Das Märchen von der Integration – Zwölf verlorene Jahre unter
der Merkel-Regierung184

Anthony Glees

Bye-bye Britain – Wie Angela Merkel den Ausschlag zum
Brexit gab 199

Boris Kálnoky

Entfremdung von Deutschland – Die Kanzlerin hat die
Osteuropäer vor den Kopf gestoßen 209

Andreas Unterberger

Von der Mutti Germaniae zur Minusfrau – Wie Merkel in
Österreich gesehen wird216

Christopher Caldwell

Ungleiche Paare – Bush, Obama, Trump: Merkels Verhältnis
zu den amerikanischen Präsidenten226

Erich Vad

Angela Merkel und das Dilemma deutscher Sicherheitspolitik –
Eingeklemmt zwischen Pazifismus und maroder Bundeswehr 237

Über den Herausgeber 249

Die Autoren 250

ERICH VAD

ANGELA MERKEL UND DAS DILEMMA DEUTSCHER SICHERHEITSPOLITIK

Eingeklemmt zwischen Pazifismus und maroder Bundeswehr

6. April 2009: In den frühen Morgenstunden fliegen zwei CH-53-Hubschrauber der Bundeswehr im Tiefflug, nur ein paar Meter über dem Grund, von Usbekistan aus über die afghanische Grenze nach Kunduz. Bordtüren und Verladerampe sind offen, Maschinengewehre mit Gefechtsmunition im Anschlag. In der ersten Maschine sitzt neben mir die Bundeskanzlerin. Aus Sicherheitsgründen weiß niemand von der Reise. Aufgrund der aktuellen Gefährdungslage hatten das Verteidigungsministerium und auch die Sicherheitsdienste von der Reise abgeraten. Kunduz ist zum heißen Pflaster geworden. Erstmals seit 1945 kämpfen und fallen hier deutsche Soldaten. Angela Merkel will sich selbst vor Ort ein Bild von der Lage machen. Während des Anflugs auf das Feldlager Kunduz ertönt plötzlich ein Alarmsignal, die Bordelektronik hatte Lichtreflexe aufgenommen. Es knallt, die Maschinen werden erschüttert, rauchende Tauschkörper werden ausgestoßen und die Hubschrauber gehen in ein waghalsiges Ausweichmanöver über. Im Moment ist nicht klar, ob wir beschossen werden oder nicht. Merkel bleibt vollkommen ruhig und gefasst. Wir landen schließlich in Kunduz und das Programm beginnt. Unmittelbar nach dem Weiterflug wird das deutsche Feldlager Kunduz von Taliban mit Raketen beschossen.

Der Afghanistaneinsatz als Politikum

Bei einem späteren Besuch in Afghanistan fliegen die Bundeskanzlerin und ich nach Mazar-e Scharif. Dort empfängt uns der mächtige Gouverneur Atta in seinem pompösen Palast. Von draußen ist plötzlich eine laute Explosion zu hören. Die deutschen und afghanischen Sicherheitsleute raten dazu, den Besuch abzuberechnen und die Kanzlerin in das sichere Camp zu bringen. Aber die Kanzlerin besteht darauf, den Besuch im Stadtzentrum fortzuführen. Später sagt sie mir zur Erklärung, wer Tapferkeit fordere, müsse selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Es ist noch mal alles gut gegangen, wie auch bei der ersten Afghanistanreise der Bundeskanzlerin am 4. November 2007, als ein Selbstmordattentäter am Flughafen rechtzeitig gestellt und einen Tag vorher eine Straßens Bombe gefunden wird.

In der Nacht vom 3. auf den 4. September 2009 befiehlt der deutsche Kommandeur in Kunduz einen Luftangriff auf zwei von Taliban entführte Tanklastwagen voll Treibstoff. Er lässt sie zerstören, damit sie nicht als fahrende Bomben gegen deutsche Soldaten eingesetzt werden können. Ein damals wahrscheinliches Szenario. Etwa hundert Afghanen, die um die Fahrzeuge stehen, kommen bei dem nächtlichen Luftangriff um.

Das alles passiert gut drei Wochen vor der Bundestagswahl. Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr wird zum riskanten Politikum für die Bundeskanzlerin. Kurz darauf gibt sie die erste Regierungserklärung zu Afghanistan ab und bekennt sich zur Notwendigkeit des deutschen Engagements. Gleichzeitig bringt sie erste Abzugsüberlegungen ins Spiel, was auch der bevorstehenden Wahl und dem zu erwartenden Ende der Koalition mit der SPD geschuldet ist. Diese greift das Thema »Luftangriff bei Kunduz« prompt nach der Bundestagswahl lautstark auf. Es gibt einen Untersuchungsausschuss und ein riesiges Medienspektakel. Eine typisch deutsche Debatte über das Bombardement zweier entführter Tanklastzüge in Afghanistan bricht los. Medien und die politische Opposition, die – zumindest die SPD – kurz vorher noch für den Afghanistaneinsatz in der Regierungsverantwortung stand, behandeln das Thema wie einen überzogenen, aus der Kontrolle geratenen Polizeieinsatz in Deutschland. Der *Spiegel* spricht von einem »deutschen Verbre-

chen« und stellt damit suggestiv den Bundeswehreinsatz bei Kunduz in die Nähe historischer Verbrechen – eine beliebte Verurteilungsform in Deutschland.

Militärische Rahmenbedingungen und Besonderheiten des Einsatzes in Afghanistan werden größtenteils ausgeblendet. Am Ende fordert die emotionsgeladene, von alten Vorurteilen gegen die Bundeswehr getragene Debatte einfach nur politische »Bauernopfer«: Der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU), Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan und Staatssekretär Peter Wichert müssen ihre Ämter aufgeben.

Seit zwölf Jahren tragen Bundesverteidigungsminister aus den Reihen der CDU/CSU die Verantwortung für die Bundeswehr. Die Bilanz ist ernüchternd: Mangelhafte Einsatzfähigkeit, gravierende Materialprobleme, fehlende Attraktivität und massive Nachwuchsprobleme listet der Bericht des Wehrbeauftragten vom 26. Januar 2016 auf. Seitdem ist es nicht wesentlich besser geworden. Trotz guter Absichtserklärungen ist nur ein Bruchteil des Geräts in Heer, Luftwaffe und Marine einsatzbereit. Beinahe die Hälfte der Bundeswehrliegenschaften weisen erhebliche Mängel auf und sind nur eingeschränkt nutzbar, 10 Prozent überhaupt nicht.

Das ist kein Wunder, denn der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt mit derzeit 1,2 Prozent auf einem historischen Tiefstand, weit entfernt von den der Nato zugesagten 2 Prozent. Nach moderaten Anstiegen, auch rezessionsbedingt, in den Jahren 2008 bis 2012, liegt der derzeitige Wert der Verteidigungsausgaben noch unter den 1,3 Prozent des BIP bei Dienstantritt der Bundeskanzlerin im Jahre 2005. Gleichwohl ist das Problem nicht nur Geldmangel, sondern auch falsche Planung und Misswirtschaft, wie der Bund der Steuerzahler anprangert.

Streitkräfte müssen einsatzbereit sein, sonst sind sie das Geld nicht wert, das man in sie steckt. Als die deutsche Bundesregierung Ende 2015 beschließt, mit Tornado-Aufklärungsflugzeugen den internationalen Luftkrieg gegen die Terrororganisation »Islamischer Staat« zu unterstützen, sind nur etwa ein Drittel der deutschen Flugzeuge einsatzbereit. Auch bei den Eurofightern der Luftwaffe sieht es nicht gut aus: Von den

109 Maschinen sind nur 42 einsatzbereit. Bei den veralteten Transportflugzeugen Transall ist die Lage nicht viel besser. Und bei den Transporthubschraubern vom Typ CH-53 sind von 83 verfügbaren Maschinen nur 16 für Einsatz, Ausbildung oder Übungen einsetzbar.

Der mangelhafte Zustand der Streitkräfte und dieser Umgang mit Steuergeldern, die in sie gesteckt werden, sind gleichermaßen skandalös. Aber niemand scheint sich groß dafür zu interessieren. Konsequenzen gibt es keine. Schnell geht man zur Tagespolitik über. Eigentlich besteht das Skandalöse darin, dass der Bericht des Wehrbeauftragten Hans-Peter Bartels keinen politischen Skandal in Deutschland auslöst.

Keiner der letzten Verteidigungsminister hatte das Zeug dazu, die Streitkräfte einer der größten Wirtschaftsnationen der Erde nachhaltig zu formen. Die Missstände sind aber auch Konsequenz der faktischen deutschen Rahmenbedingungen des Berliner Politikbetriebs und der weitgehenden Gleichgültigkeit der deutschen Gesellschaft gegenüber der Bundeswehr.

Das Amt des Verteidigungsministers als Schleudersitz der Republik

Der Posten des Bundesverteidigungsministers in Berlin ist hochriskant. Oft ist er der »Buhmann«. Zwar gibt es eine vernetzte Sicherheitspolitik, aber verantwortlich, wenn etwas schiefgeht, ist immer der Verteidigungsminister. Nur er muss sich rechtfertigen, und nur er sitzt auf dem »Schleudersitz« der Republik. Nicht wenige sind in diesem Job politisch gestrandet. Insider wissen: In den Verteidigungsausschuss zieht es kaum einen jungen ambitionierten Bundestagsabgeordneten.

Im Jahr 1990 nach der Wiedervereinigung hatte die Bundeswehr fast 600.000 Soldaten, seitdem ist sie schrittweise drastisch verkleinert worden. Heute gehören ihr noch etwa 177.000 Soldaten an – so wenige wie nie zuvor. Nach den Reduzierungsbeschlüssen und Standortschließungen der letzten Jahre, die schon unter den SPD-Ministern Rudolf Scharping und Peter Struck begonnen wurden, ist die Bundeswehr in vielen Wahlkreisen kaum noch präsent. Entsprechend ist das Interesse von Ab-

geordneten an dieser Institution wenig ausgeprägt. Und sie wissen: Mit den harten, unbeliebten »facts and figures« der Sicherheits- und Verteidigungspolitik geht man hierzulande in den Umfragen schnell in den Keller und gewinnt keine Wahlen.

Dazu kommen fehlendes strategisches Denken bei unseren Eliten, kaum noch vorhandene Wehrbereitschaft und eher Toleranz als Akzeptanz der Bundeswehr in der Gesellschaft. Nach Auffassung von Strategie- und Militärexperten wie Martin van Creveld ist die Bundeswehr zu einer »seelenlosen Maschine« verkommen.

Die Medienberichterstattung ist in der Regel kritisch bis ablehnend der Bundeswehr gegenüber. Diese bietet sich – ähnlich wie etwa die katholische Kirche – geradezu an für unzählige Skandalisierungen. Allerdings gibt es in der Bundeswehr zahlreiche Probleme. Bei nicht wenigen Generalen und hohen Offizieren überwiegen eine ausgeprägte Anpassungs- und Absicherungsmentalität, Schönrederei und Duckmäusertum – traurige Konsequenz einer inneren Negativauslese. Bürokratie und Planwirtschaft feiern leider fröhliche Urstände. Im illoyalen »Durchstechen« interner Papiere an die Medien ist das Verteidigungsministerium stets der Spitzenreiter im politischen Berlin. Die Mehrheit der Berufssoldaten empfehlen ihren Kindern den Soldatenberuf nicht mehr, wie Umfragen im Auftrag des Bundeswehrverbandes belegen.

Mit Äußerungen zu militärischen Fragen kann man als Politiker schnell ins mediale Kreuzfeuer geraten. Als der damalige Bundespräsident Horst Köhler am 22. Mai 2010 in einem Gespräch mit einem Journalisten über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan auf die Bedeutung und den Schutz militärisch gesicherter Handels- und Transportwege für eine Wirtschaftsmacht wie Deutschland hinweist – eine Aussage, die im damaligen Weißbuch beinahe wörtlich zu finden ist –, löst dies heftige mediale Kritik aus, die schließlich Ende Mai zu Köhlers Rücktritt führt.

Ursula von der Leyen (CDU), seit Dezember 2013 Bundesverteidigungsministerin, hat schnell lernen und begreifen müssen, dass die Attraktivität einer Armee sich nicht in Einzelzimmern für die Soldaten, hohem Frauenanteil, Kita-Plätzen, Flachbildschirmen und Flatrates erschöpft. Ihr Handling der G36-Affäre bleibt höchst fragwürdig: Auf-

grund medialen und politischen Drucks lässt sie eine exzellente Waffe, die von Eliteeinheiten weltweit gerühmt wird und über die sich nie ein Soldat im Einsatz beklagt hat, einfach aus dem Verkehr ziehen und nimmt dabei hohe Kosten in Kauf. Wie in Berlin ist auch in Brüssel das Verständnis für das Militärische oft nur sehr schwach ausgeprägt: Hoffentlich erkennt die Verteidigungsministerin, welche substantielle Gefahr die EU-Arbeitszeitrichtlinie für die ohnehin nicht ausreichende Effizienz europäischer Streitkräfte birgt. EU-Brüssel scheint auch auf dem Gebiet der Sicherheit seine Reputation aufs Spiel setzen zu wollen.

Reformen im Schnelldurchgang

Die Bundeswehrstrukturkommission unter Leitung von Frank-Jürgen Weise empfiehlt im Herbst 2010 die Aussetzung der Wehrpflicht. Der forsche damalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) wird die Aussetzung, faktisch die Abschaffung der Wehrpflicht, im Schnelldurchgang durchexerzieren.

Warnende Hinweise hinsichtlich der Folgen für die Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft und die Nachwuchsgewinnung sind im politischen Berlin rar. Es wird eine Bundeswehrreform »designed to cost« – also mit Ausrichtung auf eine Senkung der Kosten. Das ist folgerichtig, weil zu Guttenberg in der Tat für die Bundeswehr nicht genug Geld zur Verfügung hat und sich etwas einfallen lassen muss. Es gibt kaum noch Verteidiger des Wehrpflichtgedankens. Auch die überlegenswerte Alternative der Überführung der Wehrpflicht in eine allgemeine Dienstpflicht ist im politischen Berlin schnell erledigt. Es findet sich dafür einfach keine Mehrheit.

Allerdings: Schon seit Jahrzehnten ist die Wehrpflicht faktisch tot, die Wehrgerechtigkeit schon längst nicht mehr gegeben, weil nur noch ein Bruchteil der Wehrpflichtigen tatsächlich in den Streitkräften dient. Insofern ist der politische Vollzug der Aussetzung der Wehrpflicht eigentlich überfällig. Der Wehrpflichtgedanke scheint nicht mehr in ein Land zu passen, das jeder Wehrhaftigkeit längst abgeschworen hat. Das Klagen mancher Konservativer über den Verlust der Wehrpflicht ist we-

nig glaubhaft. Nicht wenige ihrer Söhne konnten sich um den Wehr- und Zivildienst mit ärztlichen Gutachten erfolgreich drücken. Dagegen erscheint mancher Wehrdienstverweigerer glaubwürdiger.

Andere wichtige und gute Vorschläge der Weise-Strukturkommission werden vonseiten des Verteidigungsministeriums nur unzureichend umgesetzt. Der »Druck« aus dem Bundeskanzleramt reicht nicht aus. Die Kopflastigkeit der Bundeswehr bleibt weitgehend erhalten ebenso wie die schon seit Jahren beklagte übergroße Anzahl von Stäben, Ämtern und Kommandobehörden sowie zahlreiche unsinnige Doppelstrukturen. Das Zusammenfassen der Bundeswehrstandorte in wirtschaftlich effizienten Großstandorten, die Konzentration und das Zusammenlegen von Ausbildungseinrichtungen werden nur sehr eingeschränkt oder gar nicht erreicht. Faktisch wird die Bundeswehr ziemlich phantasielos, linear und querschnittlich in allen Bereichen gekürzt.

Die Bundesmarine verfügt am Ende über gerade mal so viele Schiffe wie die Niederlande im Einsatz hat. Bei den Kampfpanzern des Heeres wurde von mehr als 2000 auf gut 200 Stück reduziert, eine Größenordnung, über die auch die Schweiz verfügt.

Krieg oder Nicht-Krieg?

April 2010: In kurzer Abfolge kommen mehrere deutsche Soldaten bei Kämpfen in Afghanistan ums Leben. Derweil streitet man sich in der Bundesrepublik, ob es sich um Gefallene handelt oder nicht. Am Karfreitag 2010 fallen drei deutsche Soldaten in einem stundenlangen Feuergefecht mit Taliban-Kämpfern bei Kunduz. Eine Woche später findet eine Trauerfeier im norddeutschen Selsingen statt, ich fliege mit der Bundeskanzlerin dorthin. Berührt steht sie vor den aufgebahrten Särgen der gefallenen Fallschirmjäger.

Bewegend ist das Gespräch der Kanzlerin mit den Angehörigen, sie zeigt tiefe, menschliche Empathie. Auf dem Rückflug reden wir über die Sinnhaftigkeit des Krieges und Einsatzes in Afghanistan. Der zieht sich jetzt schon über Jahre hin, länger als der Zweite Weltkrieg. Es wird deutlich, dass sie ihn zu einem erfolgreichen Ende führen will. Am nächsten

Tag lassen wir uns vom Einsatzführungskommando in Potsdam über die Lage bei Kunduz und den stundenlangen Gefechtsverlauf unterrichten. In einer generalstabsmäßigen Multimediashow wird minutiös der Hergang des Gefechts geschildert, als habe es sich um eine kriegsentscheidende, militärische Großoperation gehandelt. Am Ende die einfache, entwaffnende Frage der Kanzlerin, wie viele Taliban denn wohl in dem zehnstündigen Gefecht getötet wurden. Es ist bezeichnend und vielsagend, dass keiner der anwesenden Generale und Offiziere die Frage auch nur annähernd beantworten kann.

Im April 2010 gibt es abermals eine Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zu Afghanistan, in der viel von Krieg und Tapferkeit die Rede ist, aber auch der Appell an die Abgeordneten ergeht, sich zu dem zu bekennen, was sie selbst beschlossen haben. Schließlich wird die Bundeswehr im Einsatz von der Mehrheit des Parlaments dazu autorisiert und legitimiert.

Bei den jährlichen Mandatsverlängerungen der Auslandseinsätze wird nicht nur von der rot-grünen Opposition, sondern auch vonseiten des Außenministeriums unter Guido Westerwelle (FDP) kräftig auf die Obergrenze des Streitkräfteumfangs in Afghanistan gedrückt, um sichtbar zu zeigen, dass es immer weniger Soldaten in den Auslandseinsätzen gibt. Das ist innenpolitisch und wahltaktisch verständlich, aber in militärisch-operativer Hinsicht unsinnig. Dennoch wird die »Obergrenze« unserer Truppen im Auslandseinsatz in den Debatten im Bundestag stets zum heiß umkämpften Politikum, und der jeweilige Verteidigungsminister verteidigt vor allem sich selbst.

Wir sprechen von ressortübergreifenden Auslandseinsätzen Deutschlands und von vernetzter Sicherheitspolitik, aber es ist am Ende immer nur der Verteidigungsminister, der im Parlament die Kritik einstecken und den Kopf hinhalten muss.

Im Dezember 2010 ist Angela Merkel wieder in Afghanistan und besucht die dort eingesetzten deutschen Soldaten. Verteidigungsminister zu Guttenberg hatte kurz vorher mit einem Tabu gebrochen, indem er mit Blick auf die Kämpfe bei Kunduz erstmalig von »Krieg« gesprochen hat. Ein wochenlanger semantischer Streit in Deutschland ist die Folge. Das pazifistische Grundgefühl, die eigentliche Staatsräson der Deutschen, ist berührt und herausgefordert.

Während zu Hause debattiert wird, ob der Afghanistaneinsatz überhaupt Krieg sei, kämpfen deutsche Soldaten bei Kunduz wie im Krieg und erleiden Verluste. Deutschland hat Gefallene, und viele tun sich schwer damit, das einzugestehen. Dennoch gilt es in dieser Frage das richtige Maß zu behalten. Sicherlich kämpfen deutsche Soldaten im Raum Kunduz wie in einem klassischen Krieg, sie haben Verluste und haben sich tapfer geschlagen. Aber überwiegend ist die Bundeswehr im Norden Afghanistans in einem vergleichsweise ruhigen Umfeld tätig, was oft von Seiten der Alliierten kritisiert wird.

Zivilmacht und Militäreinsatz

Unzählige Debatten im Deutschen Bundestag, an denen ich mit der Bundeskanzlerin teilnehme, belegen es: Die Welt und ihre internationalen strategischen Herausforderungen werden im politischen Berlin immer durch die innenpolitische Brille deutscher Befindlichkeiten und Binnenverhältnisse gesehen. Dem muss jede deutsche Regierung Rechnung tragen, ob sie will oder nicht.

In den letzten Bundestagswahlkämpfen sowie in den anschließenden Koalitionsverhandlungen spielen sicherheitspolitische Überlegungen nur eine marginale Rolle. Themen wie der Mindestlohn, Arbeitsplatzsicherheit, Gleichstellung von homosexuellen Lebenspartnerschaften, Betreuungsgeld, Rente etc. erhitzen dagegen die Gemüter. Das Thema Verteidigung wird im außen- und sicherheitspolitischen Teil des schwarz-roten Koalitionsvertrages von 2013 erst nach der Afrika-, der Lateinamerika- sowie der Kultur- und Bildungspolitik angesprochen. Und inhaltlich geht es dann primär um eine attraktivere Bundeswehr, um Berechenbarkeit und Planungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Funktionalität, Präsenz in der Fläche, Familienfreundlichkeit und heimatnahe Verwendungen der Soldaten. Es ist nicht zu übersehen: Deutschland definiert sich vorrangig als pazifistische Zivilmacht.

Das Frühjahr 2011 hatte es in sich. Anfang März tritt Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg wegen seiner Plagiatsaffäre zurück. Im März 2011 enthält sich Deutschland auf Betreiben von Außenminis-

ter Westerwelle im UN-Sicherheitsrat bei der Frage der Einrichtung einer Flugverbotszone in Libyen.

Die internationale Wirkung dieser Entscheidung der deutschen Regierung ist verheerend und die deutsche Stimmhaltung ein Fehler. Aber ehrlich gesagt: Hätten Sie vor dem Hintergrund der innerdeutschen Befindlichkeiten damals als deutsche Bundeskanzlerin grünes Licht zur deutschen Teilnahme an den Air-Strikes einiger Nato-Partner in Libyen gegeben? Der schwächelnde Koalitionspartner FDP schwankt, die Opposition will dagegen stimmen, droht mit dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, und die Mehrheit im Parlament ist mehr als fraglich. Hätte der Bundestag bei sogenannten »Kollateralschäden«, die auch in Libyen zu erwarten waren, ähnlich wie im Fall Kunduz wieder einen Untersuchungsausschuss eingerichtet? Den Deutschen ist das zuzutrauen. Dazu kommt, dass der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy den Libyen-Einsatz auch aus innenpolitischen Motiven heraus sucht. Wie dem auch sei: Die Stimmhaltung ist ein gutes Beispiel für die Handlungsunfähigkeit deutscher Sicherheitspolitik in der Krise.

Merkel-Doktrin und Strukturpazifismus

Bei einem Besuch in Berlin im November 2011 sagt der damalige polnische Außenminister Radoslaw Sikorski: »Deutsche Macht fürchte ich heute weniger als deutsche Untätigkeit.«

Während der Ukraine- und Krim-Krise in den Jahren 2014/15 ist es eine fundamentale Schwächung der westlichen, europäischen Verhandlungsposition, dass die deutsche Regierungspolitik ostentativ und von vorneherein militärische Optionen wie etwa eine Stationierung von Nato-Truppen in den osteuropäischen Mitgliedsländern ausschließt. Als Verteidigungsministerin von der Leyen entsprechende Überlegungen ins Spiel bringt, wird sie heftig sogar von Kabinettsmitgliedern kritisiert und ihr Kriegsrhetorik unterstellt. Das deutsche Verhalten ist ungefähr das Gleiche, als wenn man nachts in der U-Bahn einem bedrängten Fahrgast zu Hilfe eilen will und gleichzeitig den Rowdys zusichert, nicht die Polizei zu rufen.

Unverständlich und unrealistisch ist auch, den Vormarsch der Kämpfer des »Islamischen Staats« im Irak mit den hierzulande üblichen Appellen an die Vernunft der Konfliktparteien, Entrüstungsbekundungen und Reisediplomatie etc. stoppen zu wollen. Nur Streitkräfte können diese Kämpfer im Irak stoppen, bekämpfen oder zurückdrängen, entwaffnen und die Konfliktparteien trennen und zusammen mit der Polizei die innere Ordnung wiederherstellen.

Angesichts des hohen innen- wie außenpolitischen Konsenses hinsichtlich der Gefährlichkeit der Terrororganisation »Islamischer Staat« ist es unverständlich, dass sich der substantielle deutsche militärische Beitrag zu ihrer Bekämpfung lediglich in Tank- und Aufklärungsflugzeugen erschöpft. Dieser Beitrag hat – wie bei anderen Einsätzen auch – tendenziell eher symbolischen als faktischen Wert.

Beim europäischen Werben für einen Anti-IS-Einsatz im Herbst 2015 versteckt sich Berlin regelrecht hinter Paris. Diese Aufgabe »delegiert« Angela Merkel schnell an den französischen Präsidenten François Hollande. Sie weiß, dass man mit Militäreinsätzen in schwieriges, innenpolitisches Fahrwasser gerät – ein Armutszeugnis für eine Weltwirtschaftsmacht mit internationaler Verantwortung wie Deutschland.

Andererseits versucht die Bundeskanzlerin einen Befreiungsschlag: In einer Rede im November 2011 in Berlin wirbt sie dafür, befreundete Länder, die in unserem Sinne politisch agieren oder agieren wollen, für ihre eigene Sicherheit mit Waffen, Ausrüstungsgütern und Ausbildungshilfe ausstatten zu können, um selbst nicht militärisch weltweit aktiv werden zu müssen. Diese sogenannte »Merkel-Doktrin« wird heftig in den Medien, in Teilen der Regierung und des Parlaments angegriffen. Der *Spiegel* bildet Merkel auf der Titelseite in einem oliven Kampfanzug ab. Soll sie einfach durchziehen und eine Regierungskrise riskieren? Die beabsichtigte Revision deutscher Sicherheitspolitik aus dem Kanzleramt heraus bleibt aus.

Selbst Volker Rühle, der als durchsetzungsstarker Verteidigungsminister sein Ressort im Griff hatte, scheitert daran, die sicherheitspolitischen Entscheidungsprozesse in Deutschland positiv zu verändern. Die nach ihm benannte Kommission nickt im Sommer 2015 den Status quo nicht nur ab, sondern ist sogar voll des Lobes für ihn.

Im neuen Weißbuch der Bundesregierung ist von dem originären und zentralen Auftrag von Streitkräften, dem Kampfeinsatz, nicht die Rede. Das eigentliche Wofür, Wie, Warum und Wozu von Streitkräften kann man bestenfalls zwischen den Zeilen einer an der politischen Korrektheit orientierten Sprache erraten.

Verteidigerin der freien Welt?

Angesichts der eingeschränkten Handlungsfähigkeit Deutschlands in der Sicherheitspolitik und angesichts einer nur bedingt einsatzfähigen Bundeswehr stellt sich die Frage: Kann die deutsche Bundeskanzlerin wirklich »die letzte Verteidigerin der freien Welt« sein, wie die *New York Times* sie im November 2016 nennt? Selbst wenn sie es wollte, sie kann diese Rolle nicht übernehmen. Angela Merkel steckt wie jeder deutsche Regierungschef in der Zwickmühle der pazifistischen Leitkultur und einer strukturell sehr eingeschränkten Handlungsfähigkeit Deutschlands in der Sicherheitspolitik. Im Ergebnis ihrer bislang zwölfjährigen Regierungszeit hat Merkel an diesem Zustand nichts geändert. Ohne erheblichen Druck äußerer Umstände sehe ich keine Bereitschaft zu einer Revision der deutschen Sicherheitspolitik.

Bleibt zu hoffen, dass Deutschland nicht von den neuen Herausforderungen unserer Sicherheit überrollt wird.